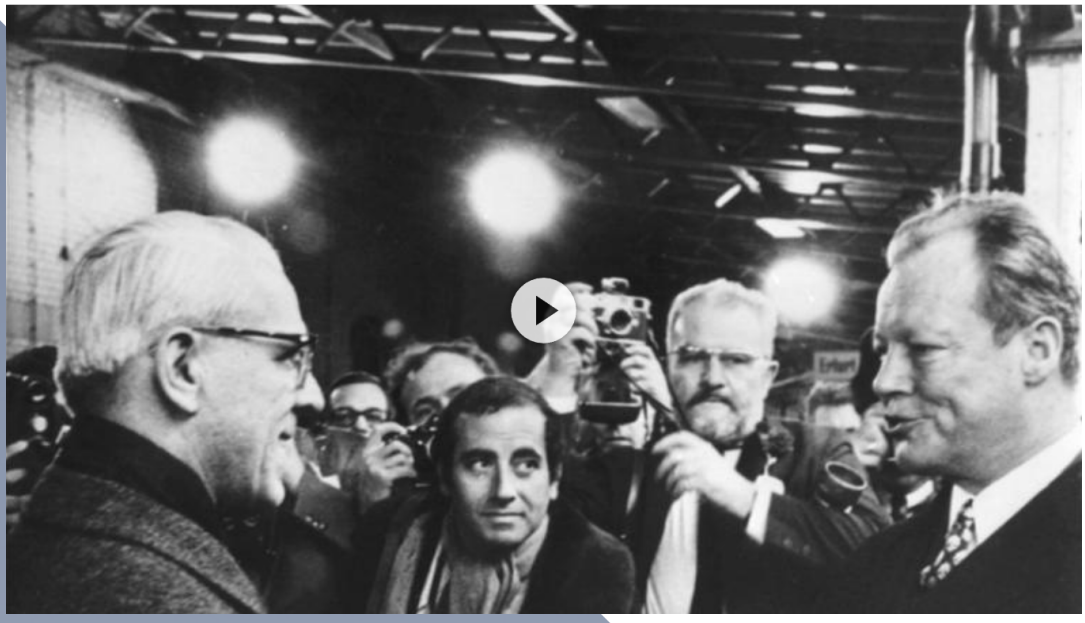
Unterrichtsmaterial

Willy Brandt in Erfurt



1970 will Willy Brandt die Beziehungen beider deutscher Staaten verbessern. Als erster Bundeskanzler reist er in die DDR und tritt für einen Wandel durch Annäherung ein. Doch das heißt zunächst auch mehr Anerkennung für die DDR, was in der Bonner Republik zu heftigen Debatten führt. Brandts Ziel sind menschliche Erleichterungen im innerdeutschen Verhältnis. Brandts Entspannungspolitik weckt die Hoffnung, dass sich auch in der DDR etwas verändert. Ihre Anerkennung erkauft die DDR mit Öffnung nach Westen.

Hier geht's zum Video auf zdf.de

Fächer
Geschichte, Sozialkunde/Politik

Altersstufen
9.-10. Klasse, Oberstufe

Didaktik
Der Film berichtet über den Besuch Brandts in Erfurt – den ersten eines westdeutschen Kanzlers in der DDR. Sowohl Politiker als auch bürgerliche Zeitzeugen berichten, wie sie dieses einschneidende Ereignis erlebt haben, sodass ein Bild dieser Zeitenwende und ihrer Bedeutung entsteht.

Hinweis
Die nachfolgenden Aufgaben sind leichter zu lösen, wenn man das Video aufmerksam verfolgt (Notizen machen!) und ggf. nochmal Sequenzen wiederholend anschaut – siehe jeweilige Frage oder jeweiliger Zeitzeugenbezug. Zweitens empfehlen wir für die Recherche – neben dem Schulbuch – seriöse Internetquellen wie:
https://www.dhm.de/lemo/ www.bpb.de www.bsta.de
www.euregeschichte.de

Das Skript zum ZDF-Video

1970. Willy Brandt will auch die Beziehungen beider deutscher Staaten verbessern. Als erster Bundeskanzler reist er in die DDR. Für einen „Wandel durch Annäherung".
Egon Bahr, Kanzler-Berater: *„Wir hatten im Sinn, sich dem Osten zuzuwenden. Sich ihm zu öffnen und damit ihn zu öffnen. Das heißt, einen langen langen Weg zur deutschen Einheit. Nachdem der direkte Weg kaputt gegangen war."*
Doch heißt das zunächst auch mehr Anerkennung für die DDR, was in der Bonner Republik zu heftigen Debatten führt.
Gerhard Löwenthal, Journalist: *„17 Millionen Deutsche waren Geiseln in der Hand einer totalitären kommunistischen Regierung. Es war Auftrag jeder Bundesregierung, diese Geiseln aus der Hand dieser kommunistischen totalitären Diktatur zu befreien."*
DDR-Regierungschef Willi Stoph empfängt Willy Brandt in Erfurt: *„Danke Ihnen sehr für die Begrüßung. Auch dafür, dass Sie gutes Wetter besorgt haben."*
Brandts Ziel sind menschliche Erleichterungen im innerdeutschen Verhältnis.
DDR-Bürgerin: *„Ja, ich würde sagen, es wäre wirklich sehr schön, wenn mal eine Einigkeit käme."*
Auf dem Platz vor dem Erfurter Bahnhof versammeln sich immer mehr Menschen. Tausende sind gekommen, obwohl die DDR-Behörden einen Teil der Stadt abgeriegelt haben. Auf eine solche Begeisterung für den Gast aus der Bundesrepublik sind Volkspolizei und Staatssicherheit nicht eingestellt.
Andreas Theiß, damals in Erfurt: *„Da war ne junge Frau, die war vielleicht so fünf Meter von mir weg, die rief: beiß zu, beiß zu! In dem Moment, da warn ein paar Gebisse schon an den Gelenken an der Kette. Und da ist die Kette aufgegangen. Sie haben versucht, uns mit den Händen festzuhalten, das ist aber nicht gelungen. Und damit waren wir dann vorne an dem roten Teppich."*
Brandts Entspannungspolitik weckt die Hoffnung, dass sich auch in der DDR etwas verändert.
Christiane Schwertfeger, damals in Erfurt: *„Und als Brandt dann am Fenster erschien, das kann man gar nicht beschreiben, was das für ein Schrei war, wie eine Erlösung, wie ein Frei-Schreien, also unbeschreiblich."*
Jubel für den Kanzler aus dem Westen? Das DDR-Fernsehen zeigt diese Bilder nicht.
Walter Stößel, damals in Erfurt: *„Eine leichte Handbewegung. Und dann: Dämpfen, bleibt ruhig. Ich verstehe euch. Aber ich kann jetzt nicht anders."*
Für mehr Anerkennung verspricht die DDR mehr Öffnung zwischen Ost und West.
Prof. Heinrich August Winkler, Historiker: *„Es ging Brandt darum, die Einheit der Nation zu bewahren, trotz fortdauernder staatlicher Trennung. Das setzte mehr Kommunikation voraus. Um die Entfremdung zwischen West und Ost aufzuhalten. Ich denke, das wird man als die große historische Leistung Brandts bezeichnen müssen."*
Dass einmal eine friedliche Revolution das SED-Regime stürzen und auch die staatliche Einheit der Deutschen ermöglichen würde, schien damals undenkbar.

terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Arbeitsblatt 1: Neue Ostpolitik: Eine Gefahr?

1. Schaut Euch das Video gemeinsam an.
   https://www.zdf.de/dokumentation/momente-der-geschichte/willy-brandt-in-erfurt-102.html
2. Beschreibt und bewertet die im Video gezeigten Stimmungen der Menschen in Erfurt und nennt Punkte, die besonders positiv gesehen wurden.
3. Fasst Grundsätze der „neuen Ostpolitik" Brandts zusammen (Material 1).
4. Diskutiert die Gegenargumente (Material 2).
5. Nehmt Stellung, inwieweit Brandt und seine Regierung mit der neuen Ostpolitik verantwortungsvoll oder gefährlich gehandelt haben.

Material 1: Die „neue Ostpolitik" Brandts

Seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 hatte sich bei Wahlen stets eine Mehrheit eine Regierung unter Führung von CDU und CSU ergeben. Das erste Mal kam es im Jahr 1969 zu einem Wechsel im Kanzleramt: Als erster Sozialdemokrat wurde Willy Brandt Kanzler. Außenpolitisch wollte Willy Brandt neue Schwerpunkt um Umgang mit der DDR und den osteuropäischen Staaten setzen.

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland hatten lange einen „Alleinvertretungsanspruch" formuliert: Sie sahen sich als einzige „Deutsche" und erkannten die DDR nicht an. Diese „Zone" war für sie kein Staat, sondern ein von der Sowjetunion besetzt und kontrollierter Teil Deutschlands.

Die neue Regierung unter Willy Brandt bemühte sich um ein besseres Verhältnis zu den östlichen Staaten, insbesondere zur DDR. Das geschah auch vor dem Hintergrund einer weltweiten Entspannungsphase, insbesondere zwischen USA und UdSSR. Die Bundesrepublik erkannte im Rahmen dieser Politik die faktisch bestehenden Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg an. Dafür verpflichtete die DDR sich unter anderem, den Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik, West-Berlin und der DDR zu erleichtern. 1973 kam es zum sogenannten „Grundlagenvertrag" zwischen den beiden deutschen Staaten, die sich gegenseitig als Ziel erklärten, „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung" entwickeln zu wollen.

Der im Video gezeigte Besuch Willy Brandts in Erfurt stand am Beginn dieser Entwicklungen. Die „neue Ostpolitik" blieb aber sehr umstritten (siehe Material 2).

(Text: Dr. Benjamin Stello)

Material 2: Gegenargumente der Opposition

Die Opposition, insbesondere die CDU/CSU, kritisierte die Regierung für ihr Vorgehen und die geschlossenen Verträge heftig. Sie bemängelte insbesondere, dass man ein Unrechtssystem anerkenne, welches mit Tötungsanlagen an einer unnatürlichen Grenze agiere (zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR). Insbesondere der Oppositionsführer Rainer Barzel sprach davon, dass man die Bürger in der DDR im Stich lasse, wenn man diese Verträge in Kraft treten lasse, und nur der Regierung der DDR helfen würde, die nun internationale Anerkennung erhalte. Er bewertet die Annahme insbesondere des „Grundlagenvertrags" als staatliches Unrecht einer frei gewählten Regierung.

Andere Politiker sahen mögliche Probleme mit den westlichen Verbündeten aufziehen, wenn man sich so verstärkt um den Osten kümmern würde. Dieses Problem betrifft beispielsweise die Mitgliedschaft in internationalen Bündnissen wie der NATO. Die Position Barzels, dass man die Bevölkerung der DDR im Stich lasse, weil man deren Unterdrückung durch den Vertrag bestätige und hinnehme, teilten viele weitere Stimmen.

(Text: Dr. Benjamin Stello)

terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Arbeitsblatt 2: Ein Vertrag mit der Sowjetunion

1. Fasst zusammen, was mit dem Vertrag geregelt wurde.
2. Nennt mögliche Gründe, warum der Vertrag so umstritten gewesen ist. Achtet insbesondere auf die Neuerungen gegenüber der bisherigen Politik und schaut für Anregungen noch einmal in das Material 2.
3. Diskutiert, ob Vor- oder Nachteile des Vertrags überwiegen.

Material 3: Der „Moskauer Vertrag" mit der Sowjetunion

Kurz nach Brandts Besuch in Erfurt wurde am 12.8.1970 ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion geschlossen.

Artikel 1: Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen. Sie bekunden ihr Bestreben, die Normalisierung der Lage in Europa und die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu fördern und gehen dabei von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage aus.

Artikel 2: Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewährleistung der europäischen und der internationalen Sicherheit von den Zielen und Grundsätzen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, leiten lassen. Demgemäß werden sie ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und übernehmen die Verpflichtung, sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit berühren […] der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Artikel 3: In Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Prinzipien stimmen die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Erkenntnis überein, daß der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet.

- Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;
- sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;
- sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

http://www.documentarchiv.de/brd/1970/moskauer-vertrag.html
[letzter Zugriff am 24.03.2024]

terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Arbeitsblatt 3 für die Oberstufe: Grundlagen der „Neuen Ostpolitik"

1. *Lesen Sie die Auszüge aus der Rede Bahrs.*
2. *Nennen Sie Belege, an denen er sich von der bisherigen Politik abgrenzt und wie er diese Abgrenzung begründet.*
3. *Beurteilen Sie, inwieweit Sie seine Argumentation schlüssig finden.*
4. *Viele Politiker damals fanden die hier skizzierte Herangehensweise sehr gefährlich. Diskutieren Sie, inwieweit das für Sie nachvollziehbar ist.*
5. *Nehmen Sie aus heutiger Sicht Stellung, inwieweit Bahrs Konzept erfolgreich zu nennen ist.*

Material 4: „Wandel durch Annäherung"?

Die Politiker der Bundesrepublik Deutschland hatten seit der Staatsgründung 1949 eine strikte Abgrenzungspolitik gegen die DDR verfolgt, die sie als Staat auch nicht anerkannten und nur als „Zone" bezeichneten. Es ging darum, eine Wiedervereinigung zu erreichen, indem die DDR besiegt, also aufgelöst und der Bundesrepublik Deutschland angegliedert werden würde, also letztendlich um einen scharfen Gegensatz. Egon Bahr, später einer der wichtigsten Berater des Bundeskanzlers Willy Brandt, formulierte in einer berühmt gewordenen Rede am 15.07.1963 andere Grundsätze:

Es ist in den letzten Tagen schon eine ganze Menge über das Thema der Wiedervereinigung gesagt worden. Ich möchte […] nur einige Bemerkungen machen. Sie sind zur Anregung der Diskussion gedacht und entspringen dem Zweifel, ob wir mit der Fortsetzung unserer bisherigen Haltung das absolut negative Ergebnis der Wiedervereinigungspolitik ändern können, und der Überzeugung, dass es an der Zeit ist und dass es unsere Pflicht ist, sie möglichst unvoreingenommen neu zu durchdenken. Natürlich muss man dabei davon ausgehen, dass nicht nur das Berlin-Problem nicht isoliert gelöst werden kann, sondern auch das Deutschland-Problem eben Teil des Ost/West-Konfliktes ist. […]

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Sowjetunion auch heute noch ihre harte Hand auf dem deutschen Glacis hält. […] Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjet-Union zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjet-Union, nicht ohne sie. Wer Vorstellungen entwickelt, die sich im Grunde darauf zurückführen lassen, dass die Wiedervereinigung mit Ost-Berlin zu erreichen ist, hängt Illusionen nach und sollte sich die Anwesenheit von 20 oder 22 gut ausgerüsteten sowjetischen Divisionen vergegenwärtigen.

Die amerikanische Strategie des Friedens lässt sich auch durch die Formel definieren, dass die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost/West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zu einer Erstarrung des Status quo geführt hat. Das Vertrauen darauf, dass unsere Welt die bessere ist, die im friedlichen Sinn stärkere, die sich durchsetzen wird, macht den Versuch denkbar, sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen. […]

Die erste Folgerung, die sich aus einer Übertragung der Strategie des Friedens auf Deutschland ergibt, ist, dass die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet. Entweder freie Wahlen oder gar nicht, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Nein, entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das alles ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos. […] Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte,

terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

dass man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjet-Union unmöglich, sich die Zone zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen. Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan. […]
Wenn es richtig ist, und ich glaube, es ist richtig, dass die Zone dem sowjetischen Einflussbereich nicht entrissen werden kann, dann ergibt sich daraus, dass jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist. Diese Folgerung ist rasend unbequem und geht gegen unser Gefühl, aber sie ist logisch. Sie bedeutet, dass Änderungen und Veränderungen nur ausgehend von dem zur Zeit dort herrschenden verhassten Regime erreichbar sind. Das ist nicht ganz so erschreckend, wie es klingt, nachdem wir schließlich mit diesem Regime schon eine ganze Weile zu tun haben. […]
Die Sowjetunion ist angetreten mit dem Ziel, den Westen einzuholen und zu überholen, gerade auch auf dem Gebiet des Lebensstandards, auf dem der Westen am stärksten ist. Abgesehen davon, dass es sich dabei um ein Ziel handelt, das den Westen als Vorbild hinstellen muss und an seiner Leistung orientiert ist, ist offensichtlich, dass diese Politik nicht allein die Zone innerhalb des Ostblocks ausnehmen kann. Den Prozess zur Hebung des Lebensstandards zu beschleunigen, weil sich dadurch Erleichterungen mannigfacher Art für die Menschen und durch verstärkte Wirtschaftsbeziehungen verstärkte Bindungen ergeben können, würde demnach in unserem Interesse liegen.
Man könnte die Sorge haben, dass dann die Unzufriedenheit unserer Landsleute etwas nachlässt. Aber eben das ist erwünscht, denn das ist eine weitere Voraussetzung dafür, dass in dem Prozess zur Wiedervereinigung ein Element wegfallen würde, das zu unkontrollierbaren Entwicklungen führen könnte und damit zu zwangsläufigen Rückschlägen führen müsste. Man könnte sagen, das Regime würde dadurch gestützt, aber ich habe eben zu entwickeln versucht, dass es keinen praktikablen Weg über den Sturz des Regimes gibt. Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, dass sich daraus nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlags ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interesse zwangsläufig auslösen würde. […]
Wir haben gesagt, dass die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir Selbstbewusstsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusionen zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpasst, denn sonst müssten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0091_bah&object=translation&st=&l=de [letzter Zugriff am 24.03.2024]

terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Autor dieses Bausteins: Dr. Benjamin Stello

Autorenteam: Dr. Ralph Erbar/Niko Lamprecht (AG Medien des VGD e.V., Leitung), weiteres Mitglied Dr. Helge Schröder

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.